

*Redaktionelle Vorbemerkung: Heinz Jung (geb. 1935), marxistischer Ökonom und Sozialwissenschaftler, langjähriger Leiter des Frankfurter „Instituts für marxistische Studien und Forschungen“ (IMSF), ist die Gründung dieser Zeitschrift Ende 1989 zu verdanken. Heinz Jung verstarb am 19. August 1996, vor 25 Jahren. Wir veröffentlichen nachstehend zu Erinnerung an ihn einen Auszug aus seinem Beitrag „Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD: Voraussetzungen, Inhalt, Perspektiven“, erschienen in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Bd. 1 (1978), S. 9-57, hier: S. 9-13, 15f., 23, 26f., 32. (Die Jahrbücher des IMSF sind auf der homepage von Z abgelegt, der Beitrag kann dort nachgelesen werden.) Überschrift und Zwischenüberschriften stammen von der Z-Redaktion. In dem Beitrag geht Heinz Jung auf die veränderten Akkumulations- und Reproduktionsbedingungen des Kapitals in den 1970er Jahren ein, die mit der Krise 1973/75 zum Übergang zu einem veränderten Regulationsregime im staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) der alten Bundesrepublik zwangen. Heinz Jung interpretierte diesen Übergang zum Neoliberalismus – Hobsbawm sprach später vom „Erdrutsch“ – als „Variantenwechsel“ im staatsmonopolistischen Kapitalismus.*

*Heinz Jung*

## **Krisenprozess und Variantenwechsel des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD**

Der nachfolgende Beitrag versucht einige Gesichtspunkte des SMK in der BRD zu erörtern, die seit Ausbruch der zyklischen Überproduktionskrise 1973/74 und mehr noch für die nachfolgenden Jahre die Entwicklung charakterisieren. In verschiedenen Veröffentlichungen des IMSF war die Ansicht vertreten worden, dass etwa seit 1972/73 die Entwicklung der BRD durch das Vorherrschen privatmonopolistischer Entwicklungstendenzen bestimmt wird. Dies war als privatmonopolistische Entwicklungsvariante im Rahmen des SMK bezeichnet worden. Wir halten die seither sichtbaren Entwicklungstendenzen für gewichtig genug, um diese These weiterhin zu vertreten. (...)

### **Die Krise der bisherigen staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung und der Übergang zur Stabilitätspolitik**

Im Rahmen der zyklischen Entwicklung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses ist die Krise immer der Ausgangspunkt des folgenden Zyklus. Die in ihr und durch sie geschaffenen neuen Verwertungsverhältnisse des Kapitals, abhängig wesentlich vom Grad der Bereinigung der ökonomischen Disproportionen und Widersprüche, stellen die Grundlage für die weitere ökonomische Entwicklung dar. Nun verweist gerade die nachfolgende Entwicklung darauf, daß die

„Reinigungsfunktion“ der Krise nur noch beschränkt wirksam ist. Diese beschränkte Wirksamkeit hängt offensichtlich sowohl mit dem hohen Monopolisierungsgrad der Wirtschaft der BRD zusammen als auch mit der Dimension der internationalen Verflechtungsprozesse der kapitalistischen Nationalwirtschaften und der Rolle, die kapitalistische Konzerne und Finanzgruppen unter diesen Verhältnisse spielen. Hierdurch sind neue Faktoren auch für den Reproduktionsprozess kapitalistischer Nationalwirtschaften zur Geltung gelangt, in denen auch die wichtigste Ursache für die Krise der bisherigen Formen der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung und -politik zu suchen ist. (...)

Mit der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante einhergehende politische Rechtstendenzen realisieren sich als Druck zur Einschränkung des „öffentlichen Korridors“, zur Privatisierung öffentlicher Betriebe und Einrichtungen, zum Abbau des „Sozial- und Wohlfahrtsstaates“, zum Verzicht auf strukturpolitische Direktprogramme. Die Orientierung der Regierungspolitik ist an der Anpassung an die Weltmarktverhältnisse ausgerichtet, an der Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der BRD-Konzerne und damit an der Stabilitätspolitik als gesamtwirtschaftlicher Strategie. Die politische Offensive des Monopolkapitals zielt nicht nur auf den Ausbau des „starken Staates“ als Repressionsorgan, sondern auch auf die grundlegende Revision des in der Vergangenheit entstandenen Systems der Klassenbeziehungen in der BRD und damit auf die gesellschaftliche Stellung der Gewerkschaften. Es handelt sich dabei vom Standpunkt des Monopolkapitals um Maßnahmen zur Erhaltung jenes internationalen Konkurrenzvorteils, der sich aus einem relativ geringen Grad offenen Klassenkampfes von unten ergibt und nun unter Bedingungen verschärfter Ausbeutung und sozialer Demontage weiter sichergestellt werden soll. (...)

## **Das staatsmonopolistische System als Grundzug des modernen Kapitalismus**

Wir gehen nicht davon aus, daß der SMK nur eine bestimmte Sphäre oder Ebene der kapitalistischen Gesellschaft von heute ist. Er wird nicht schlechthin als Überbau über den einfachen Monopolkapitalismus oder als institutioneller Verflechtungsmechanismus der Interaktionen von Staat und Monopolen angesehen. Vielmehr werden diese Erscheinungen als charakteristische Merkmale des heutigen Kapitalismus betrachtet, in denen der Gesamtzustand der kapitalistischen Gesellschaftsformation zum Ausdruck kommt. Die Bestimmung des SMK bezieht sich deshalb auf die Gesamtheit der sozialökonomischen und politischen Bedingungen, also auf Basis, Überbau und Klassenbeziehungen. Dies schließt die Fassung des SMK als Herrschaftssystem und Ausbeutungsverhältnis gesamtgesellschaftlicher Dimension ein. Die SMK-Theorie sieht unter der Dominanz monopolistischer und finanzkapitalistischer Strukturen in der Vermittlung der Kategorien und Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion und -zirkulation über und durch den Staat das wesentliche ökonomische Kennzeichen des SMK. Damit ist freilich weder etwas über die konkrete Form des staatsmonopolistischen Mechanismus noch über seine konkrete Entwicklungstendenz

ausgesagt. Es wird festgehalten, daß in der Betrachtung des Reproduktionsprozesses und seiner strukturellen sozialökonomischen Grundlagen auf der heutigen Entwicklungsstufe von der Einheit kapitalistischer Warenproduktion, monopolistischer Profitproduktion und -realisierung und den vermittelnden staatlichen Wirtschaftsmechanismus auszugehen ist.

Um die innere Dynamik dieses Systems nicht aus dem Blick zu verlieren, ist es notwendig (...) auf den Grundwiderspruch der Produktionsweise des Kapitals und seinen soziale Ausdruck, den Gegensatz und Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital, zu verweisen. Hieraus ergibt sich, daß der SMK im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation die Anpassung der kapitalistischen Warenproduktion und der ihr zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse an den zunehmend gesellschaftlichen Charakter des Produktions- und Reproduktionsprozesses bedeutet und damit bei allen darin eingeschlossenen Veränderungen die Fortsetzung und Sicherung der entsprechenden grundlegenden Eigentums- und Klassenverhältnisse. Die Ausweitung der ökonomischen und sozialpolitischen Funktionen des bürgerlichen Staates und die Entstehung eines staatsmonopolistischen Wirtschafts- und Sozialmechanismus erscheint somit als Bedingung und Moment der Akkumulation des Kapitals, also der Sicherung, Herstellung und Wiederherstellung ihrer objektiven und subjektiven Elemente.

## **Das Verhältnis von Spontaneität und politischen Strategien im SMK**

Wenn wir bei der aktuellen Analyse und der Charakterisierung der Haltung des Monopolkapitals und seiner Repräsentanten immer wieder die Begriffe Anpassung und Strategie verwenden, so drückt sich darin das widersprüchliche Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit im SMK aus. Das Monopolkapital ist zwar – ... – das im heutigen Kapitalismus herrschende Verhältnis und dementsprechend üben seine Repräsentanten auch in dieser Gesellschaft Macht und Herrschaft aus, aber sie beherrschen damit nicht die Entwicklung des Kapitalismus. Diese bleibt ein in ihren Grundlagen spontaner Prozeß, weshalb sich die Entwicklung zum und des SMK als Reaktion oder als Anpassung der herrschenden Klasse auf die durch die Widersprüche des spontanen Prozesses ausgelösten und hervorgerufenen Krise darstellt. Sobald diese Reaktionen jedoch über Willensverhältnisse vermittelt – und nur über diese ist das möglich – und in praktische Handlungen umgesetzt werden, entstehen auf der Grundlage der Klasseninteressen und ihrer Erkenntnis und Verarbeitung – ... – mehr oder weniger klare Zielsetzungen und Orientierungen, wie und in welcher Richtung auf die Krisensituation reagiert werden soll. Die Formulierung dieser Zielsetzungen und Orientierungen vollzieht sich nicht auf der Ebene atomisierter Einzelkapitale, sondern im Klassenzusammenhang, über die Organisationen und Parteien, auf der ökonomischen, politischen und ideologischen Ebene. Sie schlägt sich schließlich nieder in der Politik der Konzerne und Finanzgruppen, der kapitalistischen Organisationen und des Staates bzw. seiner legislativen und exekutiven Organe. Dieser Prozeß kann nicht frei von Widersprüchen und Interessengegensätzen

sein, die in der Konkurrenz, auch der monopolistischen, der Kapitale und kapitalistischen Gruppen ihre ökonomische Grundlage haben. Hinzu kommen gegensätzliche Gruppierungen und Strömungen, die sich auf politischer und ideologischer Ebene formieren und in denen die unmittelbaren ökonomischen Interessen nur noch vermittelt zur Geltung kommen. Monopolistische Kapitalverwertungsinteressen sind deshalb keine ökonomischen Konstanten und mehr noch ist die Strategie der herrschenden Klasse, die sie über das System des SMK realisiert, keine einfach lineare Verlängerung derartiger Konstanten auf die staatlich-gesellschaftliche Ebene. Vielmehr handelt es sich um die Formulierung und Durchsetzung von Klasseninteressen unter gegebenen Umständen und die Entwicklungsergebnisse sind das Ergebnis der verschiedenen in der Gesellschaft wirksamen objektiven und subjektiven Faktoren und Kräfte. Dies bedeutet auch, daß nicht ausschließlich die Verwertungsinteressen des Kapitals und die ‚Logik des Kapitals‘ den konkreten Gang der Entwicklung bestimmen, sondern hier auch der Druck der Arbeiterklasse wirksam werden kann und wirksam wird; oder anders ausgedrückt: Die Formulierung und Durchsetzung kapitalistischer Interessen erfolgt unter den Bedingungen des Klassenantagonismus und des Klassenkampfes.

Die strategische Hauptrichtung der herrschenden Klasse wird also nicht nur durch die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Kapitalverwertung bestimmt, sondern sie bedeutet die Durchsetzung der herrschenden Klasseninteressen über die Orientierung und Politik des staatsmonopolistischen Systems. Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante bedeutet nicht, daß die herrschende Klasse einen Abbau des staatsmonopolistischen Mechanismus in die Wege leiten könnte oder würde. Sie bedeutet aber mit der völligen Orientierung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Förderung der Konzerne und, unter dem Diktum der Weltmarktkonkurrenz, auf die Stärkung ihrer ökonomisch-politischen Potenz den Verzicht auf die Entwicklung und ein Konzept, in dem der Ausbau der unmittelbaren Wirtschaftsaktivitäten des Staates aktuelle Priorität hat.

Die Untersuchung der Entwicklungstendenzen des SMK bedeutet die Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaftsformation auf ihrem heutigen Entwicklungsniveau als Ganzes, wobei sich die Hauptrichtung vor allem aus der Beziehung von Monopolen und Staat erschließt und demzufolge dieser Beziehung als Einheit und als Wechsel- und Widerspruchsverhältnis Aufmerksamkeit zu widmen ist. (...)

### **Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 als Umschlagspunkt von der etatistischen zur privatmonopolistischen Variante des SMK**

Wenn der Zeitabschnitt seit der Krise 1974/75 hier näher betrachtet werden soll, dann ist es klar, daß die sichtbaren Entwicklungstendenzen ihre Grundlage nicht ausschließlich in den Veränderungen dieser Periode haben. Das Ende der sozial-liberalen Reformpolitik und der Umschlag zur privatmonopolistischen Entwicklungsvariante muß auf die Jahre 1972/73 gelegt werden. (...) Der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods, der offene Ausbruch der Energiekrise und das wirksame Auftreten der OPEC-Staaten fällt in diese Jahre.

Die Durchsetzung einer Strategie der Stabilitätspolitik wird in diesen Jahren erst mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen möglich. Die Preisgabe einer fiskalpolitischen Orientierung zugunsten einer traditionellen Notenbankpolitik (Monetarismus) steht eng in diesem Zusammenhang. Die damit angelegte Politik setzt sich in der Phase der unmittelbaren Überproduktionskrise fort und ist auch für die Jahre danach charakteristisch. (...)

Als Besonderheiten der Krise können hervorgehoben werden: 1. Ihre Eingliederung in einen internationalen Zyklus und die Krise des kapitalistischen Welthandels; 2. Ihre Verflechtung mit der Inflation; 3. Ihre Erscheinungsform als Überproduktionskrise; 4. das stärkere Hervortreten des unterschiedlichen Kapitalverwertungsniveaus der sozialökonomischen Sektoren; 5. die Verflechtung mit und die Verschärfung ‚überzyklischer‘ nationaler und internationaler Strukturkrisen; 6. die Krise der bisherigen Formen staatsmonopolistischer Regulierung und Wirtschaftspolitik. (...)

Vordergründig erscheint die *Krise der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik* der BRD durch die Notwendigkeit hervorgerufen, gleichzeitig Rezession und Inflation zu bekämpfen oder gleichzeitig für Wirtschaftswachstum und Preisstabilität sorgen zu müssen. (...) Die Maßnahmen der Stabilitätspolitik erhielten ihre Begründungen vor allem mit marktwirtschaftlichen Doktrinen, die die monopolistische Struktur ignorieren und dementsprechend die inneren Triebkräfte der Entwicklung und der Krise verschleiern. Wo marktwirtschaftliche Maßnahmen zur Lösung der Probleme ergriffen wurden, erfolgte tatsächlich nur die Begünstigung der Konzerne und die Verlagerung der Krisenkosten auf die werktätige Bevölkerung. Die keynesianistisch inspirierten Lösungswege entsprechen nicht der genannten Orientierung des westdeutschen Imperialismus. Deshalb wurden die Instrumentarien der Fiskalpolitik in einen für die Wirtschaftspolitik unteren Rang verwiesen und in der Krise weitgehend ‚auf Eis gelegt‘. (...) Die Umorientierung vom Einsatz der Fiskalpolitik auf die Bevorzugung der Geld- und Kreditpolitik drückte sich ideologisch im erneuten Vormarsch neoklassischer Marktwirtschaftsideologie aus. Die Krise des gesamten Regulierungssystems kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß es auch für den staatlichen Bereich selbst nicht möglich ist, die Investitionsquoten zu erhöhen. (...) Eine kompensatorische Ausweitung des Staatsbereichs blieb auf der Strecke der stabilitätspolitisch verordneten Haushaltssanierung. Mit der Vorherrschaft der privatmonopolistischen Entwicklungsvariante kommt es im Gegensatz zu wachstums- und beschäftigungspolitischen Erfordernissen in einer Krise zu einem Druck auf den ‚öffentlichen Korridor‘. Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Kapitalkonzentration, Produktionsausfall, entgangener gesellschaftlicher Reichtum gewaltigen Ausmaßes sind Merkmale auch dieser Krise. Ihnen setzte die durch die Deklamationen des Sachverständigenrates gespeiste Wirtschaftsdeologie und -propaganda ihr stupides ‚cetero censeo‘ zur Lohnsenkung entgegen. Das System staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik demonstrierte somit auch auf dieser Ebene, worin im Inneren ihre wesentliche Zielsetzung besteht: in einer staatsmonopolistischen Lohnpolitik, die die Wirkung der industriellen Reservearmee auf die Verhältnisse verstärken soll. (...)

## **Privatmonopolistische Variante und Kräfteverhältnisse**

Als Alternative zur praktizierten Stabilitätspolitik hätte die Weiterentwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung zu einem System der Strukturpolitik, das sich auf Investitionslenkung und -kontrolle und verbindliche Entwicklungsprogramme stützt, gestanden. Diese Alternative stand im Gegensatz zur inzwischen in Gang gekommenen privatmonopolistischen Entwicklungslinie. Entsprechende in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften vorgetragene Konzeptionen stießen deshalb auf den massiven Widerstand der Bourgeoisie. Die Führung der SPD hatte die Anpassung an die Monopolinteressen (...) allerdings schon längst vollzogen.

Im Rahmen des staatsmonopolistischen Wirtschaftssystems führte, stimuliert durch die Krise, die stabilitätspolitische Linie zu einem Machtzuwachs der Bundesbank und generell des Bank- und Kreditsystems. Damit erfolgte die Preisgabe des Konzepts einer fiskalpolitischen Steuerung, d.h. einer Steuerung über die öffentlichen Haushalte, und ideologisch die Wende von der Vorherrschaft des Keynesianismus zu einer Art neoklassisch inspiriertem Monetarismus, der die Interessen des Monopolkapitals ohne die Neigung zum Kompromiß mit der Arbeiterklasse definiert. Das Konzept der Anpassung und Modernisierung der westdeutschen Wirtschaft an die neuen Weltmarktbedingungen und an die Tendenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution wird zunehmend als eine Linie definiert, bei der dieser Wandel vor allem der privatmonopolistischen Aktivität vorbehalten bleibt, in den Kernbereichen der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung allerdings abgesichert und finanziert durch staatliche Subsidien.